

Politisches Departement  
der  
Schweiz. Eidgenossenschaft

Bern, den 10. März 1897.

K. 87.  
12. 4.  
15

An den Bundesrat.

Anglegenheit  
Nin

Wir beeilen uns, Ihnen einen neuen Entwurf zu einer Note an Uruguay in Sachen Nin vorzulegen. Es wird darin in keine Erörterungen über das Geschehene eingetreten; das Vorgehen, dessentwegen Uruguay Genugthuung verlangt, wird weder gerechtfertigt noch missbilligt, sondern der ganze Vorgang wird auf ein Missverständnis zurückgeführt, das der Bundesrat umso mehr bedauere, als es auslegungen hervorgerufen habe, die den guten Beziehungen, welche stets zwischen beiden Ländern bestanden, zuwiderliefern.

Mit der von Herrn Kanzler vorgelegten Note können wir uns nicht ganz einverstanden erklären, weil sie heikle Punkte berührt, die besser unberührt blieben, wenn man nicht der Regierung von Uruguay Anlass zu weiteren Erörterungen und Widerlegungen ad infinitum geben will.

Die Frage insbesondere, ob Nin durch sein Verhalten die diplomatischen Immunitäten verwirkt habe, sollte ü. E. ausser Spiel gelassen werden; denn das ist ja unsere Achillesferse. Man suche Herrn Nin womöglich eine goldene



Brücke zu bauen und man vermeide sorgfältig im Interesse einer Verständigung Ausdrücke und Anspielungen, die Herrn und seine Parteigänger in der Regierung noch <sup>mehr</sup> reizen könnten.

Darüber, dass wir Herrn CIN nicht mehr als Gesandten haben wollen, ist natürlich in der Note nichts zu sagen; das würde mit deren Inhalt nicht im Einklange stehen. Die Hauptzache dünkt uns jetzt, dem Streit die Spitze abzubrechen und den Weg einer Verständigung zu ebnen; das Weiteres wird sich dann von selber ergeben. Wir glauben nicht, dass der Regierung von Uruguay noch je einfallen könnte, uns den CIN zu senden; jedenfalls dürfte dies, da CIN ja seiner Mission selber eine Ende gesetzt hat (was seine Regierung stillschweigend guthiess), nicht ohne unsere vorigängige Genehmigung geschehen. Aus der Antwort Uruguays werden wir entnehmen, welches seine Absichten sind, und stellt sich heraus, dass die dortige Regierung uns noch CIN schicken möchte, so wird es uns wohl nicht schwer sein, ihr Begrifflich zu machen, dass es sich empfehle, sich in Bern durch eine andere Person vertreten zu lassen.

An Herrn Röhl (Copie u. Original der Note an Uruguay).  
Protokollauszug ans politische Departement zur Kenntnis.

Beilagen

SCHWEIZERISCHES  
POLITISCHES DEPARTEMENT

Uruguay